

## LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2024

# Innenpolitik

In Zeiten von Kriegen, Krisen und zunehmender Kriminalität muss der **Schutz der Bevölkerung an oberster Stelle** stehen. Seien es Straftaten, Terrorgefahren, medizinische Notfälle oder staatliche Eingriffe in Bürgerrechte – überall ist ein liberaler Blick nötig, um Maß und Mitte zu wahren.

### Entschlossen gegen Antisemitismus

Seit dem Überfall der Hamas auf Israel haben sich die antisemitischen Straftaten in Baden-Württemberg vervielfacht. Zudem ist das Risiko islamistisch motivierter Angriffe stark angestiegen. Der Tod Rouven Laurs bleibt unvergessen. **Wir haben Ideen präsentiert, wie wir uns besser vor islamistischem Terror schützen können.**

### Neues Rettungsdienstgesetz steht auf rechtlich fragwürdigen Füßen

Nachdem der Verwaltungsgerichtshof Minister Strobbs rechtswidrige Regelungen zur Hilfsfrist im Mai 2023 verworfen hat, musste der Minister ein neues Rettungsdienstgesetz ins Parlament einbringen.

Trotz knapp einem Jahr der Vorbereitung hat Minister Strobl einen Entwurf vorgelegt, der nicht nur aus unserer Sicht erhebliche Probleme birgt.

Bei der Anhörung im Innenausschuss haben zahlreiche Experten ihre massiven Bedenken geäußert. Unbestimmte Rechtsbegriffe, wenig greifbare Regelungen, Rückgriffe auf untergesetzliche Verordnungen für zentrale Inhalte – dennoch hat die Regierungsmehrheit dieses Gesetz durchgedrückt. Nun müssen die Gerichte im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde über die Regelungen befinden.

Minister Strobl hat das Rettungswesen im Land sehenden Auges in eine große Unsicherheit geführt. **Wir setzen uns ein für ein rechtskonformes Rettungswesen, das die Patientenrechte in den Fokus stellt.**

### Keine schrankenlose Vorratsdatenspeicherung

Kaum einen Anlass lässt der Innenminister streichen, ohne seine Forderung nach Vorratsdatenspeicherung zu erneuern. Anstatt jedoch massenhaft und anlasslos Daten unbescholtener Bürger zu speichern, setzen wir uns für das sog. Quick-Freeze-Verfahren ein, das eine rechtskonforme Nutzung erhobener Informationen ermöglicht. **Beim wichtigen Kampf gegen Cyberkriminalität dürfen die digitalen Bürgerrechte nicht einfach mit Füßen getreten werden.**

### INITIATIVEN

- » Ein Jahr nach dem 7. Oktober 2023: Solidarität mit Israel – Schutz des jüdischen Lebens in Baden-Württemberg [Drucksache 17/7593](#)
- » Islamismus und Antisemitismus in den sozialen Medien [Drucksache 17/7020](#)
- » Die Auswirkungen des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Mannheim zur Hilfsfrist auf das Rettungswesen [Drucksache 17/5128](#)
- » Die Luftrettung und das bodengebundene Rettungswesen [Drucksache 17/7349](#)

### ANSPRECHPARTNER



**Julia Goll Mdl**

Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales

julia.goll@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9320



**Nico Weinmann Mdl**

Sprecher für Bevölkerungsschutz und Extremismus

nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9380



**Daniel Karrais Mdl**

Sprecher für Digitalpolitik

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9340



**Sven Jacobs**

Parlamentarischer Berater

sven.jacobs@fdp.landtag-bw.de  
T: 0711 2063-9036

# Unsere Landespolizei stärken

Die Beamtinnen und Beamten der Landespolizei setzen sich tagein tagaus für unsere Sicherheit ein, oft unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit. Doch auch die Bediensteten, die mit nichtvollzuglichen Aufgaben betraut sind, dürfen nicht vergessen werden. Ihnen gebührt unser aller Dank.

## Unsere Vorschläge für eine nachhaltige Stärkung unserer Landespolizei

In den letzten zwei Jahren konnten nicht alle Ausbildungs- und Studienplätze besetzt werden. Allein deshalb werden **künftig circa 300 in den Planungen vorgesehene Polizisten fehlen**. Die vielen Pensionierungen kommen hinzu. Bei der wichtigen Kennziffer der **Polizeidichte trägt unser Land schon lange die rote Laterne**.

## Wir wollen diesem Negativtrend endlich ein Ende setzen!

Wir brauchen unbedingt **mehr Polizisten auf der Straße**, die für Recht und Gesetz eintreten. Dafür muss unsere Landespolizei **wieder ein attraktiver Arbeitgeber werden**. Wir wollen die Besten von einer Laufbahn bei der Polizei überzeugen.

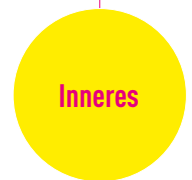
Dazu gehört es, die Personalplanung so auszurichten, dass **Überstunden nicht zum Regelfall werden**. **Erwartete Ausfälle wegen Eltern- oder Teilzeit**, die perspektivisch zunehmen werden, müssen **rechtzeitig berücksichtigt** werden. Zudem muss die **Zulage für den lageorientier-**

**ten Dienst** endlich erhöht werden, damit das Land sich nicht mehr an den Einsätzen unserer Polizisten in anderen Bundesländern auf deren Kosten bereichert.

**Wir fordern den Einsatz von Ermittlungsassistenten**. Diese übernehmen nicht selbst Vollzugsaufgaben, entlasten aber zeitnah und spürbar sämtliche Prozesse. **Das führt dazu, dass wir sehr schnell mehr Polizisten auf den Straßen haben**.

**Bei der sachlichen Ausstattung dürfen wir ebenfalls keine Kompromisse eingehen**. Seien es ergonomische wie effiziente Ausrüstung für den direkten Einsatz oder aber technische Hilfsmittel, **unsere Landespolizei verdient eine bestmögliche Ausrüstung**. Den **Einsatz einer Ermittlungssoftware**, die bereits erhobene Daten bündelt und einer ersten Auswertung unterzieht, befürworten wir, **damit den Beamtinnen und Beamten mehr Zeit für den Außeneinsatz bleibt**.

## ARBEITSKREIS



Inneres

## ANSPRECHPARTNER

Julia Goll MdL

Nico Weinmann MdL

Daniel Karrais MdL



## Link zur Internetseite

Schutz unserer Demokratie vor islamischem Terror

## INITIATIVEN

- » Berechnung künftiger Personalbedarfe in der Landespolizei [Drucksache 17/7583](#)
- » Einsatzaufkommen und Personalsituation beim Polizeipräsidium Einsatz [Drucksache 17/6404](#)
- » Ausstattung der Bereitschaftspolizei [Drucksache 17/6278](#)
- » VeRA – Chancen, Risiken, Kosten [Drucksache 17/7834](#)